

SCHWEIZ

DEKARBONISIERUNG

"Wir stehen ganz am Anfang der Elektrifizierung der Aviatik"

Bern (energate) - Auf dem Areal des Berner Flughafens soll eine der grössten Solaranlagen der Schweiz entstehen. Kürzlich haben die beiden Partner hinter "Belpmoos-Solar", die Flughafen Bern AG und die BKW, ein weitaus kleineres Solarkraftwerk am Flughafen in Betrieb genommen. Und auch dieses ist für die beiden Projektpartner etwas ganz Besonderes. Für die BKW sei es die erste Anlage seit vielen Jahren, die sie im Contracting-Modell für einen Kunden erstelle. Und die erste Anlage mit dem gemeinsamen Geschäftsmodell von BKW Energy und BKW Building Solutions, die von der Installation über den Betrieb von Produktionsanlagen bis hin zur Vermarktung des erneuerbaren Stroms alle Kompetenzen unter einem Dach vereine, sagte Margarita Aleksieva, Leiterin Geschäftseinheit Wind & Solar bei der BKW, gegenüber energate.

Für den Flughafen Bern wiederum ist das Solarkraftwerk mit 362 kW Leistung ein erster Schritt zur Erreichung der selbst gesetzten Klimaziele. "Der Verwaltungsrat der Flughafen Bern AG hat entschieden, dass wir als Infrastrukturanbieter bis 2035 CO₂-neutral sind. Das Naheliegendste zur Umsetzung dieser Roadmap ist die Produktion von Solarstrom", so Urs Ryf, Geschäftsführer und Delegierter des VR der Flughafen Bern AG, zu energate. Dementsprechend hat sich der Flughafen auch ein Solarziel gesetzt: Mittelfristig möchte er seinen Bedarf an Strom ausschliesslich selbst decken, das heisst vor Ort erzeugen.

Dabei sieht Ryf auch in der lokalen Produktion von Wasserstoff langfristig einen vielversprechenden Ansatz, um den im Sommer erzeugten Solarstrom für den Winter zu speichern. Im Gespräch schiebt der Flughafen-Chef nach, dass auch die Aviatik künftig sehr viel Wasserstoff benötigen könnte. So setze zum Beispiel der europäische Flugzeugbauer Airbus auf den Energieträger. "Airbus geht davon aus, dass sie 2035 mit einem hundertplätzigem Flugzeug tausend nautische Meilen weit fliegen werden - und das nur mit Wasserstoff", betont Ryf.

INHALTSVERZEICHNIS

SCHWEIZ

"Wir stehen ganz am Anfang der Elektrifizierung der Aviatik"	1
Containergasanlage statt LNG-Terminal in Muttenz	2
EBL setzt neu Elektrolastwagen ein	2

DEUTSCHLAND

Habeck trommelt weiter für Industriestrompreis	3
--	---

EUROPA

Frankreich verzögert Verabschiedung der Erneuerbarenrichtlinie	3
EEX legt Wasserstoffindex auf	4

Flughafen bekommt Solarstrom zum Fixpreis

Vorerst wird der auf dem Flughafengelände erzeugte Strom primär für die Versorgung der Terminals, Hangare und Gewerbeflächen eingesetzt, welche sich innerhalb des Perimeters des eigens dafür gegründeten Zusammenschlusses zum Eigenverbrauch (ZEV) befinden. Noch in diesem Jahr werden hierzu noch sechs Ladestationen für Elektrofahrzeuge kommen, erzählt Ryf. Für Elektroflugzeuge besteht bereits seit Mitte 2022 eine Ladestation, welche ab sofort nun auch mit Solarstrom gespeisen wird. "Wir stehen ganz am Anfang der Elektrifizierung der Aviatik" betont Ryf.

Stand heute würden etwa 40 bis 50 Prozent des Stroms, den die 362-kW-Anlage erzeugt, vor Ort verbraucht, erläuterte Aleksieva im Gespräch. Sie führte aus, dass der Flughafen so viel Strom von der Anlage beziehen dürfe, wie er wolle. Hierfür zahle er der BKW, der Investorin und Eigentümerin des Solarkraftwerks, einen fixen Preis. Wie hoch dieser Preis genau ist, wollte die BKW-Managerin auf Nachfrage nicht preisgeben. Den überschüssigen Strom verkaufe die BKW am Markt. Für das Dach, auf dem die Anlage installiert ist, zahlt die BKW der Flughafen Bern AG zudem eine Miete.

"Wir haben durchschnittlich jede zweite Woche eine Offerte geliefert"

Das Geschäftsmodell mit dem Contracting bietet die BKW mittlerweile schweizweit für alle Solarprojekte über 100 kW an. Insgesamt sei die Nachfrage sehr hoch. "Wir haben durchschnittlich jede zweite Woche eine Offerte geliefert",

berichten Margarita Aleksieva und Frédéric Palli. Er ist Leiter Elektro bei der BKW Building Solutions, die Photovoltaikanlagen wie jene auf dem Dach des Flughafens Bern-Belp planen, verbauen sowie deren Unterhalt und Optimierung sicherstellen. Derzeit fokussiere sich die BKW mit dem Contracting-Angebot auf die Region Mittelland und die französischsprachige Schweiz, so Frédéric Palli. /mg

GASVERSORGUNG

Containergasanlage statt LNG-Terminal in Muttenz

Arlesheim (energate) - Der Gasverbund Mittelland (GVM) bestätigt, dass am Rhein in Muttenz lediglich eine Containergasanlage und kein LNG-Terminal gebaut werde. Letzters hatte die Klimastreikbewegung vehement bestritten. Dass ein solcher Terminal "verhindert" wurde, verbucht Klimastreik Schweiz "als eindeutigen Erfolg" für sich. Denn nach einer Kampagne dagegen habe sich der GVM "öffentlich vom angekündigten LNG-Terminal verabschiedet". Das hält die Klimastreikbewegung in einer am Montag versandten Mitteilung fest.

Ende März hatte die Bewegung dem GVM in einen offenen Brief ein "Ultimatum" zur Aufgabe entsprechender Pläne gesetzt. Bei dem Vorhaben geht es um eine LBG-Containernanlage, hält der GVM in einer dazu vorab veröffentlichten Mitteilung fest. Demnach soll die Anlage "nur für erneuerbares Flüssiggas und nicht fossiles Flüssiggas" genutzt werden, wie betont wird. Es handle sich also um "eine kleine Flüssiggasanlage" und "nicht um ein riesiges Terminal für grosse Schiffe, wie man diese von anderen Ländern kennt", so der GVM.

Die Gaslieferantin verneint auch, dass es sich beim Vorhaben, das aktuell geprüft wird, um einen Flüssiggasspeicher handle. Denn das vom Bundesamt für Energie zur Versorgungssicherheit im Herbst 2022 lancierte Projekt "wurde seitens GVM zurückgestellt", bekräftigt der Verbund. Dieser stellt in seinem "reaktiven Statement" ebenso Pläne für ein allfälliges Gaskraftwerk in Abrede. Denn "der Bau und der Betrieb von Gaskraftwerken ist nicht Teil des Geschäftsmodells des GVM und wird es auch nie sein", betont die Energieträger-Lieferantin. /at

WÄRME

EBL setzt neu Elektrolastwagen ein

Liestal (energate) - Die EBL (Genossenschaft Elektra Baselland) setzt zur Anlieferung von Holz für die regionale Wärmeversorgung neu einen Elektrolastwagen ein. Das ist laut der Versorgerin "ein wichtiger Schritt in Richtung Nachhaltigkeit". Der E-LKW sorgt für den umweltfreundlichen Transport von heimischem Holz an den Grosswärmeverbund Liestal, schreibt die EBL. Sie bezieht den Rohstoff von der Raurica Wald AG in Form von Waldhackschnitzel, Landschaftspflegeholz sowie Restholz von Sägereien und bereitet auch Altholz für die thermische und energetische Verwertung auf. Das Energieholz wird in Liestal in der Feuerungsanlage in Wärme umgewandelt und als heisses Wasser über Rohrleitungen in den Grosswärmeverbund eingespeist.

Angeschafft hat die EBL für den Holztransport ein Elektrofahrzeug der Marke Volvo, das mit fünf Batterien und einer Gesamtkapazität von 450 kWh ausgestattet ist. Das ermöglicht dem E-LKW mit einer Aufladung einen ganzen Tag lang



VERTEILNETZ FORUM

PARTNER





20. Juni 2023

Gottlieb Duttweiler
Institute, Rüschlikon

Versorgungssicherheit
Regulierung
Grundversorgung
Netzoptimierung
Energiewende

unterwegs zu sein, heisst es. Zudem sei das E-Fahrzeug mit einem Hydraulikantrieb für den Schubboden ausgestattet, was eine autonome Abladung ermögliche bei der Heizzentrale und zusätzlich zur Effizienzsteigerung beitrage, hebt die Versorgerin hervor. Die EBL betreibt nach eigenen Angaben in der Schweiz bereits 47 Wärmeverbände. Die grüne Quote liegt bei 80 Prozent, bis 2035 will die Genossenschaft den 100-Prozent-Wert erreichen. /at

DEUTSCHLAND

ENERGIEKRISE

Habeck trommelt weiter für Industriestrompreis

Berlin (energate) - Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) hat nach einem Treffen mit Industrievertretern erneut für subventionierte Strompreise geworben. Er warnte vor der Gefahr des Abwanderns von Grundstoffindustrien aus Deutschland. Es bestehe aktuell die Gefahr, dass wegen hoher Energiekosten Standortentscheidungen gegen Deutschland ausfallen, sagte Habeck nach einer Zusammenkunft des Bündnisses Zukunft der Industrie. Die hohen Preise treffen vor allem Unternehmen der Chemie-, Stahl- oder Metallindustrie.

Der Wirtschaftsminister hatte vor einigen Wochen ein Konzept für einen Industriestrompreis vorgestellt. Energieintensive Betriebe sollen demnach 6 Cent pro Kilowattstunde für 80 Prozent ihres Stromverbrauches zahlen. Das Konzept ähnelt dem Ansatz der Strompreisbremse und soll laut Habeck Anreize zum Stromsparen erhalten. Im vergangenen Jahr hatte der Börsenstrompreis teilweise über 40 Cent pro kWh gelegen, war zuletzt aber unter 10 Cent gesunken. Aus Habecks Sicht besteht aber keine ausreichende Sicherheit, dass die Preise niedrig bleiben. Für Investitionsentscheidungen spiele aber genau das eine Rolle.

FDP lehnt Finanzierung ab

Habeck beziffert die Kosten für seine Idee auf 4 Mrd. Euro pro Jahr. Hier beginnt das Problem: Der Wirtschaftsminister möchte den Industriestrompreis aus dem 200-Milliarden-Euro-Wirtschaftsstabilisierungsfonds finanzieren, aus dem die Energiepreisbremsen gezahlt werden. Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) lehnt dies aber strikt ab. Der Fonds sei dafür nicht geschaffen worden, betont er. Auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte zuletzt vor "dauerhaften Subventionen" gewarnt.

Aus der Industrie bekommt Habeck eher zaghafte Rückendeckung für seinen Vorstoß. BDI-Präsident Siegfried Russwurm sprach nach dem Treffen von einem kontroversen

Austausch. Er forderte, Unternehmen über Entlastungen bei Netzentgelten und einer Absenkung der Stromsteuer auf Mindestmaß zu unterstützen. Darüber hinaus brauche es akute Hilfen für Unternehmen. Wie das zu finanzieren ist, sagte er nicht. Der Stadtwerkeverband VKU lehnt einen Industriestrom nicht grundsätzlich ab, dieser müsse bei Zielgruppe und Dauer aber "eng umrissen" bleiben, so Hauptgeschäftsführer Ingbert Liebing. "Denn ein dauerhaft subventionierter Strompreis führt zu einem höheren Stromverbrauch."

Habeck hofft auf Einigung im Kabinett

Rückendeckung bekam Habeck von Gewerkschaftsseite. IG Metall-Chef Jörg Hofmann begrüßte den Vorstoß Habecks. Deutschland könnte sich keinen Verlust der Grundstoffindustrie leisten und nur auf Importe setzen. Der Industriestrompreis müsse nun schnell kommen, betonte Hofmann nach dem Treffen im Wirtschaftsministerium. Habeck will in den kommenden Wochen weiter an seinem Konzept arbeiten. Er hoffe darauf, dass es eine Einigung im Kabinett noch vor der Sommerpause geben wird. Wirksam werden könnte der Industriestrompreis dann 2024, nach dem Auslaufen der Energiepreisbremsen. /kw

EUROPA

EU

Frankreich verzögert Verabschiedung der Erneuerbarenrichtlinie

Brüssel (energate) - Die Verabschiedung der Reform der Erneuerbarenrichtlinie (RED III) verzögert sich. Eine Gruppe von acht Atomkraftländern torpediert eine bereits erzielte Einigung zwischen der schwedischen Ratspräsidentschaft und dem EU-Parlament. Sie fordern auf Initiative Frankreichs, dass mithilfe von Kernenergie produzierter Wasserstoff in dem für den Industriesektor gesetzten Unterziel angerechnet wird.

Die ständigen Botschafter von Frankreich, Bulgarien, Rumänien, Polen, Ungarn, der Slowakei und der Tschechische Republik hatten auf ihrer Sitzung am 17. Mai signalisiert, dass sie das Gesetz ablehnen oder zumindest ihre Unterstützung dafür nicht zum Ausdruck bringen würden. Die Einspruchsländer verfügen zusammen über genügend Stimmen, um das Gesetz blockieren zu können. Das zwang Schweden, das zurzeit den EU-Ratsvorsitz innehat, das Thema von der Tagesordnung zu nehmen. In Brüssel herrscht nun Verwirrung darüber, wie man aus dieser "Sackgasse" wieder herauskommt.

Ein französischer Beamter sagte, dass sein Land darüber besorgt sei, dass die Vorschriften es unmöglich machen würden, aus Kernstrom erzeugten kohlenstoffarmen Wasserstoff

auf die Ziele zur Nutzung erneuerbarer Brennstoffe in der Industrie anzurechnen. Frankreich habe während der gesamten Verhandlungen die technologische Neutralität des Textes verteidigt, sodass die Kernenergie und die erneuerbaren Energien nicht in Konkurrenz zueinander gesetzt würden.

20 Prozent aus Kernstrom erzeugter Wasserstoff reicht den Einsprachsländern nicht

Der am 30. März zwischen den Unterhändlern des EU-Ministerrats und des EU-Parlaments erzielte Deal erlaubt höchstens 20 Prozent aus Kernstrom erzeugten kohlenstoffarmen Wasserstoff auf das in RED III für die Industrie gesteckte Unterziel anzurechnen. Demnach müssen 2030 rund 42 Prozent und 2035 rund 60 Prozent des im Industriesektor verbrauchten Wasserstoffs aus erneuerbaren Kraftstoffen nicht biologischen Ursprungs (RFNBOs) stammen.

Laut dem im Kompromiss zugefügten Artikel 22b haben die Mitgliedstaaten die Möglichkeit, den Beitrag von RFNBOs in der Industrienutzung unter zwei Bedingungen um 20 Prozent zu senken. Das ist entweder der Fall, wenn der nationale Beitrag eines Mitgliedstaates zum verbindlichen EU-Gesamtziel seinem erwarteten Beitrag entspricht. Oder, wenn der Anteil von Wasserstoff aus fossilen Brennstoffen, der im Mitgliedstaat verbraucht wird, nicht mehr als 23 Prozent im Jahr 2030 und 20 Prozent im Jahr 2035 beträgt.

Deutschland schaffte "Präzedenzfall"

In diesem Stadium des Gesetzgebungsverfahrens, in dem ein Text bereits von den Vertretern der Mitgliedsstaaten und dem EU-Parlament gebilligt wurde, wird allgemein davon ausgegangen, dass er nicht noch einmal aufgerollt wird, sondern nur "abgesegnet" wird. Es ist ungewöhnlich, dass Länder vorab vereinbarte Vereinbarungen zu EU-Gesetzen blockieren.

Aber Deutschland hatte einen Präzedenzfall geschaffen, als es die Verabschiedung der verschärften Verordnung über die CO₂-Normen für neue PKW und leichte Nutzfahrzeuge verzögerte, um eine Ausnahmeregelung für E-Fuels zu erreichen.

Auch die Verabschiedung der Verordnung über nachhaltige Flugkraftstoffe ("ReFuelEU Aviation"), über die sich Unterhändler des EU-Parlaments und der schwedischen Ratspräsidentschaft am 25. April geeinigt hatten, verzögert sich, da einige Mitgliedstaaten, darunter Deutschland, deutlich gemacht haben, dass ihre Unterstützung für diese Verordnung von der Verabschiedung der Verordnung für erneuerbare Energien abhängt. /rl

HYDRIX

EEX legt Wasserstoffindex auf

Leipzig (energate) - Die European Energy Exchange veröffentlicht ab dem 24. Mai einen wöchentlichen Wasserstoff-Index. Der "HYDRIX" gebe Auskunft über tatsächlich gehandelte Preise für grünen Wasserstoff und werde im Rahmen der Fachmesse E-world in Essen vorgestellt, kündigte die Börse an. Es handele sich um einen markt-basierten Index, der zusammen mit Partnern aus Industrie und Energiewirtschaft aus Angebots- und Nachfragepreisen ermittelt werde. "Klare Preissignale sind die Grundlage für den Markthochlauf und weitere Investitionen in die Wasserstoffwirtschaft", sagte Peter Reitz, CEO der EEX. Der Hydrix schließe diese Lücke.

Der Index wird immer mittwochs um 16 Uhr in Euro pro MWh veröffentlicht. Die EEX ruft Marktteilnehmer am Wasserstoffmarkt auf, die Börse bei der Berechnung zu unterstützen, indem sie Preise bereitstellen. Diese würden für die Kalkulation sicher und anonym genutzt, verspricht die EEX. /tc

Der ener|gate messenger
Schweiz für alle:

Mit den günstigen Team-
und Unternehmenslizenzen
Geld sparen!

ener|gate
messenger.ch

täglich.
aktuell.
informiert.